



TRAS Trinationaler Atomschutzverband
ATPN Association Trinationale
de Protection Nucléaire

Geschäftsstelle
Murbacherstrasse 34, CH-4056 Basel
Telefon 0041 (0)61 322 06 24, Fax 0041 (0)61 322 06 29
info@atomschutzverband.ch, www.atomschutzverband.ch

Postkonto Schweiz PC 60-120755-7
Compte postal France 0389021J036
Deutschland Sparkasse Marktgräfferland Postfach 1264
D-Mülheim, Konto 108016601 Bankleitzahl 68351865

Basel, im Mai 2010

Jahresbericht 2009/2010

(Berichtszeitraum Oktober 2009 - Juni 2010)

Inhaltsverzeichnis

1. Entwicklung in Frankreich	2
2. Entwicklung in der Schweiz	4
3. Entwicklung in Deutschland	4
4. Beaufsichtigung der laufenden Atomkraftwerke	5
5. KlartextEnergie-Magazin	5
6. Mitglieder	5
7. Zusammensetzung des Vorstands	6

1. Entwicklung in Frankreich

TRAS-Klage gegen das AKW Fessenheim

Im Juli 2008 forderte TRAS in einer Anzeige die zuständigen französischen Minister auf, das Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim zu schliessen. Diese Forderung wurde Mitte Oktober 2008 abgelehnt. Auf Empfehlung der TRAS-Anwälte Corinne Lepage und Arnaud Gossement (Bureau Huglo Lepage Paris) leitete TRAS die Anzeige weiter an das Verwaltungsgericht in Strassburg. Dieses forderte die Gegenpartei Electricité de France EDF zu einer Stellungnahme auf.

Im August 2009 traf eine umfangreiche Stellungnahme von EDF beim Strassburger Gericht ein. Sie wurde an die Anwälte in Paris und von dort an TRAS geschickt und von TRAS auf Deutsch übersetzt. Im August 2009 trafen sich Präsident Jürg Stöcklin und Vizepräsident Rudolf Rechsteiner in Paris mit Corinne Lepage und Arnaud Gossement. An dieser Sitzung beschloss man, auf die EDF-Stellungnahme mit einer „Réplique“ und Expertenberichten zuhanden des Verwaltungsgerichtes zu antworten.

An der Mitgliederversammlung vom 11. September 2009 in Wattwiller erörterte Arnaud Gossement den Anwesenden das Vorgehen von TRAS aus juristischer Sicht.

Bis zum Dezember 2009 verfasste Arnaud Gossement eine 30-seitige „Réplique“. Sie wurde auf Deutsch übersetzt und vom TRAS-Vorstand kritisch überprüft. In der Folge wurden alle Änderungsvorschläge in die Réplique eingearbeitet. Gleichzeitig wurden die Expertenberichte in das Schreiben integriert oder hinzugefügt:

- Fragen zur Zehnjahresüberprüfung von Fessenheim, von Monique Sené
- Kommentar zu den Fragen, von André Herrmann
- Beurteilung des Erdbebenrisikos von RÉSONANCE Ingénieurs-Conseils SA
- Beurteilung von Résonance durch die ETH (Swiss Seismological Service)
- Pannenfrequenz der französischen AKW, von Jean-Marie Brom

Die bereinigte Replik und die Expertenberichte sandte Arnaud Gossement im Januar 2010 an das Verwaltungsgericht. Ein Entscheid ist noch hängig.

Unregelmässigkeiten im Atomkraftwerk Fessenheim

Die französische Gesetzgebung verlangt alle zehn Jahre eine Überprüfung der laufenden Atomkraftwerke anhand der aktuellen Sicherheitsnormen. Seit Oktober 2009 wird Fessenheim überprüft. An der Mitgliederversammlung vom 11.9.2009 wies Andreas Zuberbühler im Zusammenhang mit dieser Zehnjahresüberprüfung auf diverse Schwachstellen im AKW Fessenheim hin. Unter anderem kritisierte er

- Ermüdungsfehler durch die Alterung
- Das Risiko von Filterverstopfungen
- Erdbebenrisiko
- Überschwemmungsgefahr

Im Berichtsjahr sind im AKW Fessenheim mehrere Zwischenfälle zu verzeichnen.

- Im November 2009 sind aus einer unterirdischen Leitung 20'000 Liter Heizöl ausgetreten. Es konnte nur ein Teil des Öls abgepumpt werden. Der Rest versickerte im Boden. Das stellt eine akute Gefährdung von Boden und Grundwasser dar, hielt das Ökoinstitut Darmstadt in seiner wöchentlichen Recherche für TRAS fest. Der Dieseltreibstoff in der betroffenen Leitung ist für den Betrieb der Notstromdieselaggregate erforderlich. Fehlt der Treibstoff, kann der Notstrom bei einem AKW-Unfall ausfallen.
- Im Dezember 2009 verstopfte angesaugtes Pflanzenmaterial aus dem Grand Canal teilweise das Kühlsystem beim Wiederanfahren von Block 2. Da ein Messfühler versagte und deshalb Block 2 nicht ausgeschaltet wurde, löste sich das Trommelsieb aus der Verankerung und grössere Mengen Pflanzenreste gelangten in den Kühlwasserkreislauf. Dies reduzierte den Durchsatz des Kühlwassers um etwa einen Drittel. Wäre der Reaktor im Vollastbetrieb gewesen, hätte die Situation schnell ausser Kontrolle geraten können.

In seiner Medienmitteilung vom 8.5.2010 kritisiert TRAS die Verzögerung der Zehnjahresinspektion in Block zwei und die Schaffung falscher faits accomplis durch den Austausch der Dampferzeuger:

„Der trinationale Atomschutzverband TRAS befürchtet, dass mit der Installation der neuen Dampferzeuger im Reaktorblock zwei von Fessenheim Fakten geschaffen werden, die eine unabhängige Beurteilung und Schliessung des Atomkraftwerks Fessenheim erschweren. TRAS hat mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass die Zehnjahresinspektion von Reaktorblock 2 des AKW Fessenheim um ein Jahr verschoben worden ist. Die drei Dampferzeuger müssen ausgewechselt werden, damit das Atomkraftwerk überhaupt weiter betrieben werden kann. ...

Wird damit ein positiver Befund der Zehnjahresinspektion präjudiziert? TRAS zweifelt an der objektiven Beurteilung der Risiken durch die französische Aufsichtsbehörde ASN, weil sie sich weitgehend auf die Angaben des Betreibers Electricité de France EDF abstützt und durch die getätigten Investitionen von rund 150 Millionen Euro unter Druck geraten wird. Dabei bleiben die Gefahren durch Erdbeben und Überschwemmungen bestehen, unabhängig vom Ergebnis der Reaktorprüfung.

...

TRAS fordert die französische Atomsicherheitsbehörde ASN auf, mit der dritten Zehnjahresüberprüfung zu beginnen, noch bevor die Installation des neuen Dampfgenerators im Block 2 von Fessenheim in Angriff genommen wird. Gleichzeitig fordert TRAS die ASN auf, die Resultate der dritten Zehnjahresinspektion transparent zu kommunizieren und die Erdbeben- und Überschwemmungsrisiken entsprechend der aktuellen, international anerkannten Fachkenntnisse zu berücksichtigen.“

Der Atomsicherheitsbehörde ASN in Paris und Strasbourg wurden die Fragen von TRAS per eingeschriebenem Brief zur Beantwortung zugestellt.

EU-Klage

Um alle rechtlichen Möglichkeiten gegen das AKW Fessenheim auszuschöpfen, prüft TRAS zur Zeit die Erfolgchancen einer ergänzenden Klage bei der EU-Kommission. TRAS hat den Rechtsanwalt Hanspeter Schmidt aus Freiburg mit der Prüfung beauftragt.

Entwicklung der erneuerbaren Energien

Frankreich verfügt über grosse Potentiale zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Die Regierung vertritt offiziell die Position, sie wolle diese Technologien fördern. Im Detail stösst die Windenergie aber stets auf neue Widerstände, insbesondere bei der Erteilung von Baubewilligungen. Gesetzesänderungen in rascher Abfolge haben in den letzten Jahren nicht vermocht, der erneuerbaren Energien-Branche stabile Rahmenbedingungen zu vermitteln, so wie dies beispielsweise in Deutschland der Fall ist. Besonders die Verfahren für die Zulassung von Windturbinen werden ständig verschärft und sind inzwischen laut Stimmen aus der Windbranche weit strenger als für neue Atomkraftwerke.

Trotzdem haben sich die Voraussetzungen für einen Umstieg auf erneuerbaren Energien auch in Frankreich verbessert. So hat sich die Leistung der Photovoltaik in Frankreich auf 290 MW knapp verdreifacht. Insgesamt wurden im Jahre 2009 Windfarmen mit einer Leistung von 1088 MW neu installiert (Platz vier in Europa hinter Spanien, Deutschland und Italien).

Der Atomkonzern Areva hat zum ersten Mal eigene offshore Windturbinen vom Typ Multibrid auf deutschem Hoheitsgebiet gebaut und in Betrieb genommen. Um die finanziellen Verluste im Zusammenhang mit dem Neubau des finnischen Atomreaktors zu decken, musste Areva den Unternehmensbereich Netze und Übertragungstechnik verkaufen.

Die französische Regierung hat angekündigt, Standorte für Offshore-Windfarmen im Umfang von rund 3 GW bis 2020 zu konzessionieren. Dies entspricht der Stromerzeugung von einem einzigen neuen EPR-Reaktor. Insgesamt wird eine neue Windleistung von 25 GW in Frankreich erwartet, womit rund acht Reaktorblöcke vom Typ Fessenheim bis 2020 ersetzt werden könnten.

2. Entwicklung in der Schweiz

In der Schweiz sind weiterhin die drei Gesuche der drei grossen Stromkonzerne Alpiq, Axpo und BKW für neue Atomkraftwerke hängig. Die Konzerne konnten sich noch nicht darauf einigen, welches der drei Gesuche zurückgezogen werden soll. Das verzögert die Prüfung der Rahmenbewilligungsgesuche voraussichtlich bis zum Jahr 2011.

Weitere Verzögerungen treten ein, wenn der Bundesrat die Pläne der Atomkonzerne den Kantonen zur Konsultation unterbreitet. In sieben Kantonen wird die Bevölkerung mittels Referendum zu den Plänen Stellung nehmen können, noch bevor das Parlament die Vorlagen beraten hat. Dazu kommt dann noch ein gesamtschweizerisches Referendum. Es könnte somit ca. bis zum Jahre 2015 dauern, bis die lange erwartete Volksabstimmung in der Schweiz stattfinden wird.

Um den Neubau von Atomkraftwerken in der Schweiz zu verhindern, ist TRAS auch in der Schweiz aktiv:

- Als Mitglied-Organisation der „Allianz Nein zu neuen AKW“ wird TRAS das Referendum gegen die Rahmenbewilligung ergreifen, um in einer nationalen Abstimmung ein Nein gegen neue AKWs zu erwirken. TRAS ist Mitglied dieser Allianz, der alle Organisationen angeschlossen sind, die sich gegen neue AKW einsetzen, u.a. auch Greenpeace und WWF.
- TRAS ist daran, den Umstieg auf erneuerbare Energien in der Schweiz zu thematisieren. Zu diesem Zweck wird eine Informationsschrift erarbeitet, welche die Verfügbarkeit einheimischer erneuerbarer Energien und die Hindernisse der Umstellung thematisiert (siehe Kapitel 5).

Vermeint wird öffentlich wieder die Frage der Endlager für radioaktive Abfälle diskutiert. Die Nationale Genossenschaft zur Lagerung radioaktiver Abfälle NAGRA hat fünf Regionen definiert, die für die Tiefenlager in Frage kommen sollen. Vier der fünf Regionen befinden sich in der Nordschweiz und am Jurasüdfuss. Es wird behauptet, die darunterliegende Gesteinsschicht aus Opalinuston sei dazu geeignet. Neueste Untersuchungen aber bestätigen die starken Zweifel, dass hier für die nächsten 1 Million Jahre sichere Atommüll-Gräber gefunden werden könnten.

Für die Atomlobby sind diese Entwicklungen insgesamt wenig erfreulich. Ebenso nachteilig wirkt sich für sie aus, dass die erneuerbaren Energien weiter an Bedeutung zulegen und in immer breiteren Kreisen als valable Alternative wahrgenommen werden.

3. Entwicklung in Deutschland

Mit dem Entscheid der CDU vom Dezember 2008, keine neuen Atomkraftwerke bauen zu wollen, hat sich die Diskussion in Deutschland deutlich verändert. Auch hat die mitregierende FDP kurz vor den letzten Wahlen beschlossen, die gesetzlichen Einspeisevergütungen nicht länger zu bekämpfen. Der Bau neuer AKWs steht damit bundesweit nicht länger zur Diskussion. Gestritten wird umso heftiger um die Länge der Restlaufzeiten.

Studien zeigen klar, dass Atomstrom als „Brückentechnologie“ zu den erneuerbaren Energien nicht eingesetzt werden kann, da diese eine flexible Ergänzung benötigen und keine Bandenergie.

Trotz der momentan wirtschaftlich schwierigen Zeit boomt die Produktion von Wind- und Sonnenenergie weiter. Die Solartechnik hat sich so stark verbilligt, dass die Bundesregierung und der Bundestag auf den 1. Juli 2010 eine unterjährige Zusatz-Absenkung für Einspeisevergütungen von Solarstrom verabschiedet hat. Anders als in der Schweiz wird die Stromerzeugung aus Photovoltaik weiterhin ungedeckt vergütet. Allerdings wurde die Vergütung für Freiflächenanlagen auf Ackerflächen abgeschafft, was zu einem Einbruch beim Ausbau der Solaranlagen führen könnte. Für eine abschliessende Beurteilung der Revision des EEG ist es noch zu früh.

4. Beaufsichtigung der laufenden Atomkraftwerke

Für das Jahr 2009 hatte der TRAS-Vorstand das Öko-Institut Darmstadt beauftragt, die Internet-Publikationen der französischen und der schweizerischen Aufsichtsbehörden wöchentlich zu analysieren und dem Vorstand über ausserordentliche Vorkommnisse zu berichten. Der Auftrag wurde probe-weise für ein Jahr erteilt und wurde für 2010 nicht erneuert.

Grund war neben den Kosten, dass die Berichte wenig ergiebige und verwendbare Informationen vermitteln konnten. Dies lag auch daran, dass die offizielle Berichterstattung der Aufsichtsbehörden wenig geeignet ist, die Risiken der Vorkommnisse aus unabhängiger Warte zu beurteilen.

Der Vorstand verhandelt zur Zeit mit weiteren Fachleuten über eine Recherchetätigkeit zu Vorkommnissen im AKW Fessenheim und in den fünf schweizerischen Reaktoren.

5. KlartextEnergie-Magazin

Um im schweizerischen Abstimmungskampf gegen neue Atomkraftwerke aus der Region Basel einen Akzent setzen zu können, hat der Grosse Rat von Basel-Stadt eine Motion von TRAS-Präsident Jürg Stöcklin genehmigt, welche die Informationstätigkeit des Kantons betreffend Risiken der Atomenergie und Potentiale der erneuerbaren Energien ausweiten soll. Das TRAS-Präsidium und die Geschäftsleitung haben beim Kanton Basel-Stadt ein Konzept für ein jährliches Magazin „Neue Energie für die Schweiz“ eingereicht. Es soll bis zur Abstimmung vier Mal zweisprachig in der ganzen Schweiz an über eine Million Adressen verteilt werden.

Zu unserer Freude hat der Regierungsrat das Konzept ohne Abstriche gutgeheissen. Der Kanton wird die vier Ausgaben des Magazins mit 1,76 Millionen Franken unterstützen. Als Herausgeber wird der Verein KlartextEnergie zeichnen. Für das Magazin wird ein eigenes Konto mit eigener Buchhaltung eröffnet.

6. Mitglieder

Mitglieder per Mai 2010 (Stand September 09 in Klammern): **73** (62) Gemeinden (Kanton Basel-Stadt als Gönner), **49** (46) Organisationen und Kirchgemeinden, **115** (105) Einzelmitglieder

D	79677 Aitern i. Schwarzwald	CH	4107 Ettingen	CH	4125 Riehen
CH	4144 Arlesheim	CH	2953 Fregiécourt	D	79361 Sasbach am Kaiserstuhl
D	79424 Auggen	D	79098 Freiburg	D	79227 Schallstadt
D	79189 Bad Krozingen	D	79288 Gottenheim	CH	2827 Schelten
D	79410 Badenweiler	D	79194 Gundelfingen	D	79418 Schliengen
D	79351 Bahlingen a.K.	D	79419 Heitersheim	D	79677 Schönau
D	79282 Ballrechtren-Dottingen	D	79241 Ihringen	D	79294 Sölden
CH	Basel-Stadt (Gönner)	CH	4438 Langenbruck	CH	2805 Soyhières
CH	4105 Biel-Benken	CH	4410 Liestal	D	79219 Staufen
CH	4102 Binningen	D	79232 March	D	79271 St. Peter
CH	4127 Birsfelden	D	79291 Merdingen	D	79252 Stegen
CH	4103 Bottmingen	D	79249 Merzhausen	CH	8499 Sternenbergr
D	79677 Böllen	F	68470 Mollau	D	79295 Sulzburg
D	79264 Bötzingen	D	79379 Müllheim	CH	4492 Tecknau
D	79200 Breisach a.R.	CH	4142 Münchenstein	CH	4456 Tenniken
D	79426 Buggingen	D	79244 Münstertal	CH	4106 Therwil
CH	4117 Burg i.L.	CH	4224 Nenzlingen	D	79224 Umkirch
D	79211 Denzlingen	CH	4324 Obermumpf	D	79279 Vörstetten
D	79285 Ebringen	D	79254 Oberried	D	79183 Waldkirch
D	79588 Efringen-Kirchen	CH	4924 Obersteckholz	F	68700 Wattwiller
D	79238 Ehrenkirchen	CH	4494 Oltingen/BL	D	79367 Weisweil/Rhein
D	79356 Eichstetten a. K.-stuhl	CH	1228 Plan-les-Ouates	D	79677 Wembach
CH	5077 Elfingen	CH	4418 Reigoldswil	D	79297 Winden im Elztal
CH	3926 Embd	CH	4153 Reinach		
D	79312 Emmendingen	D	79276 Reute		

7. Zusammensetzung des Vorstands

Der TRAS-Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

aus der Schweiz

Prof. Dr. Jürg Stöcklin, (Präsident), Grossrat Grüne
Madeleine Göschke, (Vice-Präsidentin) Landrätin Grüne
Jost Müller, WWF, Region Basel
Edwin Mundwiler, alt Grossrat FDP
Dr. Rudolf Rechsteiner, (Vice-Präsident) Nationalrat, SP
David Studer, parteilos (Advokat)

aus Frankreich

Claude Ledergerber, (Vice-Präsident) Mitglied Commission locale de surveillance (CLS), Comité pour la Sauvegarde de Fessenheim et de la plaine du Rhin (CSFR)
Dr. Jean-Marie Brom, Sortir du nucléaire, Strasbourg (neu)
Nicole Roelens, Breitenbach, Stop Fessenheim (neu)

aus Deutschland

Jean Paul Lacôte (SPD) Mitglied Commission locale de surveillance CLS
Axel Mayer, (Vice-Präsident) Geschäftsführer, BUND
Gerda Stuchlik, Umweltbürgermeisterin, Freiburg i.B.

Delegierter des Kanton BS

André Herrmann nimmt als Beobachter an den Vorstandssitzungen teil.

Allen Vorstandsmitgliedern sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Der Präsident



Prof. Dr. Jürg Stöcklin